

Das Bild einer bewegten städtischen Landschaft wird durch die Entscheidung verstärkt, die riesigen Stellflächen für die Verschiffung von Autos und Containern (108.000 Stellplätze auf nahezu 60 ha Fläche) mit Mutterboden aus dem Abraum zu bedecken und darauf Weinberge für die Nutzung durch pensionierte Hafentarbeiter zu pflanzen. Diese 20 m hohen Hügel folgen mit ihren Terrassen den Formen des Geländes und fügen sich in die umgebenden Weinberge ein, sodass sie zusammen mit dem Sermin-Hügel auch gegen Lärm abschirmen.

Die Durchdringung in die Tiefe des Salzwassers und die Verbindung zum Kanal der Trockenlegungsprojekte lassen im Mündungsdelta des Flusses Resana ein Feuchtgebiet entstehen, das im Laufe der Zeit unter wissenschaftlichen Kriterien ausgestaltet und durch Wanderwege erschlossen werden wird.

Das dritte Projektthema ist das einer neuen Stadtplanung für den Hafen, die nicht nur auf der Dialektik zwischen Natur und fortschrittlichster Technik basiert, sondern vor allem aus der Notwendigkeit entstanden ist, bestehende Bauvolumen und -dichten zu steigern. So wurde mit unterschiedlichen Höhen und Ebenen gearbeitet und waren z. B. unterschiedliche Verkehrsarten so weit wie möglich kreuzungsfrei anzuordnen.

Unter Ausnutzung unterschiedlicher Höhen können städtische Nutzungen in das Hafengebiet eindringen: von Speditionen und Touristikagenturen bis hin zu Einrichtungen für die Besucher, wie Hotels, Restaurants, Freizeitanlagen und Ausstellungsflächen. Dies alles steigert die Attraktivität des Passagierhafens Koper. Die verschiedenen Funktionen werden den Hafen so mit unterschiedlich gestalteten Gebäuden bereichern, die die Monotonie der Lagerhäuser durchbrechen und das Gelände um die Anziehungskraft von Architektur und Technologie bereichern.

Prof. Marco Venturi ist Architekt und Stadtplaner. Er lebt und arbeitet in Venedig und ist Teilhaber des Architekturbüros *Ažman Venturi Arhitekti, Ljubljana*.

■ Jubiläumstagung in Essen

Zehn Jahre Programm Soziale Stadt NRW

1999-2009: Bereits im Mai 2009 fand die bundesweite Veranstaltung aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ statt. In einzelnen Bundesländern wurde in diesem Jahr ebenfalls Bilanz gezogen, so auch in Nordrhein-Westfalen. Hier kann man bereits auf einen längeren Erfahrungshintergrund zurückschauen, war doch der Vorläufer des Programms schon im Jahr 1993 auf NRW-Landesebene entwickelt worden: das „Integrierte Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. In diesem langen Zeitraum wurden viele Innovationen zwar zur Routine, aber neue Bedarfe und Herausforderungen machen eine permanente Anpassung der Programmatik auch weiterhin notwendig.

Am 18. November 2009 lud das Städtenetz Soziale Stadt NRW in das *Choreografische Zentrum PACT* auf dem Gelände der Zeche Zollverein in Essen. Dort wurde das Erreichte gebührend gefeiert – an einem Standort, der selbst als



Leuchtturm für den Strukturwandel im altindustriell geprägten Essener Stadtteil Katernberg steht. Das Feiern eines solchen Programms ist immer auch Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit der Aktualität der behandelten Themen. Nicht ohne Grund wurde daher auch der weitere Handlungs- und Gestaltungsbedarf der Programmatik der Sozialen Stadt hin zu einer Regeltätigkeit gesehen. Neben den Leuchtturmprojekten sollten Kommunen die Soziale Stadt stärker zur eigenen Sache machen, so Prof. Klaus Wermker in seiner Einführung. Wermker, der sich von seiner aktiven Zeit als Leiter des Büros Stadtentwicklung in Essen verabschiedete, erinnerte an die

damals neuen Ansätze in der Stadtentwicklungspolitik in Essen, die bereits Ende der 1980er Jahre als Vorreiter der darauf folgenden Handlungsprogramme die räumliche Ausprägung sozialer Ungleichheit dokumentierten.

Karl Jasper vom Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW zog eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit im Sinne einer aktivierenden Bevölkerungsbeteiligung, die sich bis zur Verankerung auf EU-Ebene im Artikel 8 der EFRE-Verordnung niederschlagen habe (Verfügungsfonds). Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung heißt es, die Soziale Stadt solle stärker ressortübergreifend umgesetzt werden. Themen wie die Qualifizierung des öffentlichen Raums, aber auch Bildung im Stadtteil hätten in diesem Zusammenhang eine hervorgehobene Bedeutung.

Die neuen Handlungsfelder im Rahmen des Programms Soziale Stadt, die nur mit einem ressortübergreifenden sozial integrativen Ansatz behandelt werden können, stellte auch Prof. Dr. Hartmut Häußermann, *res urbana GmbH*, Berlin, dar: Schule und Bildung; Lokale Ökonomie; Qualifikation und Beschäftigung; Integration von Zuwanderern und sozial Prekären; Gesundheitsförderung; Kinder und Jugendliche.

Auch unter Verfahrensgesichtspunkten ist das Programm innovativ. Es geht um eine New Governance: Der Staat alleine könne es nicht richten, so Häußermann in seinem Referat. Empowerment der Bevölkerungsgruppen werde zunehmend notwendig. Gerade in der Ressortintegration und -koordination sieht er neben einer klareren Schwerpunktsetzung und Zielformulierung die anhaltenden Probleme. Der Bezug zur Gesamtstadt und zu einer integrierten Stadtentwicklungssicht sei noch nicht immer ausreichend – dies aufgrund eines „Tunnelblicks“ auf das Quartier.

Die Frage der Verstetigung des Programms stellte sich in Häußermanns Ausblick, in dem es um die Messbarkeit des Erfolgs der Sozialen Stadt ging. Ist ein temporäres Programm wie die Soziale Stadt ein Ausdruck von temporären Problemen? Sind diese über-

schaubar und lösbar, und sind sie im Quartier, auf Stadtteilebene, auch lösbar?

Anlässlich des Jubiläums war ein landesweiter Wettbewerb „Vorbildprojekte der Sozialen Stadt NRW“ ausgeschrieben worden, in dem besondere Leistungen, Erfolge und nachahmenswerte Ansätze der integrierten Stadtteilentwicklung gewürdigt wurden. Die Preisträger dieses Wettbewerbs wurden im Rahmen der Tagung in einem dramaturgisch gut das Engagement wiedergebenden Film präsentiert. Sie spiegeln die Bandbreite der Projektaktivitäten und -themen sowie der beteiligten Akteursgruppen im Programm Soziale Stadt wider:

- *Aachen*: „InMotion“ – mit einer Kombination von Kulturarbeit und Bildung im Übergang von der Schule zum Beruf;
- *Bergheim*: „Parkviertel Kenten – Wohnen und Wohlfühlen³ – Kunst im Park“ – Verknüpfung von Wohnumfeldgestaltung, Aktivierung und Qualifizierung bei der Neugestaltung der öffentlichen Grünflächen in einer Hochhaussiedlung;
- *Dormagen*: Erneuerung von Wohnanlagen privater Wohneigentümergeinschaften – ein Zusammenschluss von Stadtteilverein und Stadtverwaltung mit Wohneigentümergeinschaften und Wohnungsverwaltern, mit dem Ziel einer Steigerung der Immobilienwerte sowie einer Senkung der Energiekosten;
- *Duisburg*: Begegnungsstätte im Moschee-Neubau in Duisburg-Marxloh; Einbeziehung der lokalen Akteure, Gründung eines Beirats, der die gesamte Planungs- und Bauphase begleitete; kontinuierliche Information der Öffentlichkeit und Verknüpfung eines repräsentativen religiösen Zentrums mit Angeboten für interreligiösen Dialog und interkulturelle Bildung;
- *Gelsenkirchen*: „Modellprojekt Nahversorgung im Quartier als integriertes Handlungs- und Förderkonzept: Wohnortnahe Integration von Beschäftigungsförderung, Handel, Dienstleistung und Kommunikation“ – ein Projekt des Caritasverbands

Gelsenkirchen in Kooperation mit der *REWE-Group*, um Nahversorgung in Kleinflächenmärkten mithilfe karitativer Träger zu ermöglichen; unter der Zielsetzung, die wohnortnahe Einkaufs- und Lebenssituation zu verbessern, insbesondere für ältere Menschen, für Familien mit geringem Einkommen und für Menschen mit Behinderung.

- *Hamm*: „Im Westen was Neues – Der Beteiligungsprozess“; um ehemalige Bergbauflächen und Halden soll eine einzigartige Parklandschaft mit Erholungsbereichen und vielfältigen Sport- und Spielflächen entstehen – unter frühzeitiger und enger Beteiligung von Bewohnern, Vereinen, Trägern der Jugendarbeit, der lokalen Wirtschaft und weiterer relevanter Akteure vor Ort.
- *Wuppertal*: „Treppenkunst in Osterbaum“ – vom Bürgerengagement zur Imageförderung; in künstlerischer Weise wurde der schwierigen städtebaulichen und topografischen Situation im Stadtteil zu einer neuen Aufmerksamkeit verholfen; gute Beteiligungsmöglichkeiten der Bewohnerschaft; eine breite Öffentlichkeit wurde geschaffen und eine neue Sicht auf die Anliegen in der eigenen Nachbarschaft entfaltet.

*Dr. Petra Potz, Dipl.-Ing.
Raumplanung, Inhaberin des
Büros location³, Berlin*

■ Jubiläumstagung in Bingen

12. Energietag Rheinland-Pfalz

Rationelle und regenerative Energienutzung stehen seit 20 Jahren auf der Agenda der Tranferstelle Bingen (TSB), einem durch das Land Rheinland-Pfalz finanzierten An-Institut der Fachhochschule Bingen. Die TSB zeigt seit ihrer Gründung Energieeinsparpotenziale auf und unterstützt Energieprojekte von der Erstberatung über die Erstellung von individuellen Energiekonzepten bis zu umsetzungsorientierter Planung. Zusammen mit dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz veranstaltet sie den im zwölften Jahr stattfindenden Energie-

tag, der als Weiterbildungsveranstaltung mittlerweile über Rheinland-Pfalz hinaus bekannt ist.

Auf der diesjährigen Jubiläumsveranstaltung, am 24. September 2009, skizzierte die Staatsministerin Margit Conrad mit Blick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz in Kopenhagen die Herausforderungen der Gegenwart. Vor über 400 Besuchern wies sie auf den Wandel in der Energieversorgung und dessen Auswirkungen hin. „Standen lange Jahre die fossilen Energien im Zentrum, so bieten sich heute andere und bessere Lösungen an für Versorgungssicherheit, günstige Energiepreise und Klimaschutz an – die erneuerbaren Energien“, sagte Conrad. Zwischen 2002 und 2007 sei der Energieverbrauch in Deutschland um 5 % gesunken, die Energieproduktivität dagegen um 13 % gestiegen. Sie zitierte die McKinsey-Studie *Wettbewerbsfaktor Energie*, nach der deutsche Unternehmen und Haushalte allein durch Energieeinsparungen bis 2020 jährliche Kosteneinsparungen von 53 Mrd. € erreichen können. Energiedienstleistungen würden bei der Umsetzung von Energieeinspar- und Effizienzmaßnahmen sowie bei der Nutzung regenerativer Energien eine immer größere Rolle spielen und gerade deshalb für die kommunalen Energieversorger ein lukratives Geschäftsfeld darstellen. Zudem würde die dezentrale Ressourcennutzung (und die damit verbundene Energieautonomie von Kommunen und Regionen) die Wertschöpfung in den Regionen sichern. Doch welcher Akteur kann diese Ansätze am besten begleiten: Ein lokaler Energieversorger oder eine Branchengröße?

■ Mit Andreas Brabeck, Leiter des Ressorts Energiepolitik der *RWE Energy AG*, trug ein Referent in der Arbeitsgruppe „Energieautonomie von Kommunen“ vor, der den Ansatz einer Rekommunalisierung zwangsläufig kritisch sehen musste. Ausgangspunkt seines Vortrags bildeten kommunale Überlegungen hinsichtlich einer Rekommunalisierung des Stromnetzbetriebs, wie sie angesichts auslaufender Konzessionsverträge in zahlreichen Städten und Gemeinden angestellt